

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 25 (1984)
Heft: 16

Artikel: Golffischer im Trübsten
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094601>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

In unheiliger Allianz sorgen sich Amerikaner und Sowjets um die Sicherheit der vom irakisch-iranischen Krieg mitbedrohten arabischen Staaten. Für die einen ein Pokerspiel, für die anderen bereits ein Doppelspiel mit Angeln nach Gelegenheiten.

Golffischer im Trübsten

Für den Westen wäre es ein leichtes, dem nun bald vierjährigen Krieg zwischen Irak und Iran ein Ende zu bereiten. Er brauchte nur auf deren Erdöl zu verzichten. Bei der gegenwärtigen Erdölschwemme sollte das nicht allzu schwerfallen.

Die Milliardenpumpe

Aber es mischen zu viele mit in diesem verheerendsten Krieg in der neueren Geschichte des Mittleren Ostens. Und Regierungen, in Ost wie in West, ganze Armeen internationaler Waffenhändler und -schieber machen sozusagen Jahrhundertgeschäfte: Sie haben seit der irakischen Aggression gegen Iran am 22. September 1980 schon Kriegsgerät für über 55 Milliarden Dollar in die Golfregion gepumpt.

Insgesamt vierzig Staaten tun sich an dem Krieg gütlich. Die meisten von ihnen (36) belie-

fern, direkt oder indirekt, beide Seiten mit Waffen. Iran hatte und hat freilich erheblich mehr Mühe beim «Einkaufen». Das dürfte auch einer der Gründe sein, weshalb bisher die «entscheidende Offensive» ausblieb, obwohl die Iraner seit verganginem Februar über eine halbe Million Mann an der Südfront massiert haben.

Vieles weist auch auf Uneinigkeit in der iranischen Führung hin, auf zunehmend schwankende Moral bei Militär und Zivilbevölkerung.

Iranischer «Grossmut» aus Zweifel

Der Ayatollah Khomeiny hält nach wie vor am Sturz des irakischen Diktators Saddam Hussein fest, aber offenbar mehrten sich auch bei ihm die Zweifel, ob sich dieses Ziel mit fortgesetztem Krieg erreichen lässt. In einer Botschaft an die neugewählten Parlamentarier ermahnte er

diese, sie sollten vorrangig die Arbeitslosigkeit, die Inflation und den Wohnungsmangel bekämpfen.

Parlamentspräsident Haschemi Rafsanjani, Khomeinys persönlicher Stellvertreter im Obersten Kriegsrat, war noch im Juni vehement dafür eingetreten, die Meerenge von Hormus für die internationale Schifffahrt zu blockieren. Am 27. Juli nannte er als Grund für das Ausbleiben der «endgültigen Entscheidung» die Hoffnung, diplomatische Bemühungen würden zu «Ergebnissen» führen. Iran beharre nach wie vor auf dem Sturz von Saddam Hussein, aber das könne auch durch ein «kompetentes Tribunal» erreicht werden.

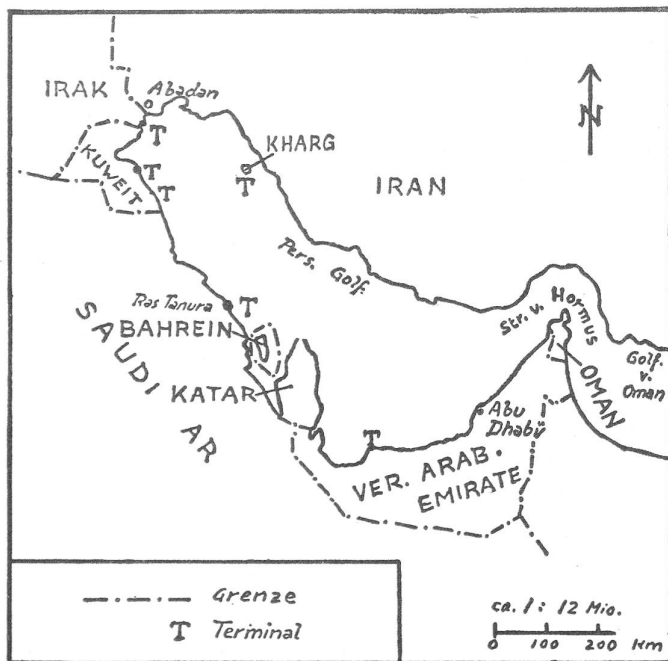
Staatspräsident Ali Khamenei hingegen befürwortet einen fortgesetzten Abnutzungskrieg, derweil die Generalstabschef Kasem Ali Zahir-Nejad die Armee für die «grösste Infanterieschlacht seit jener an der Somme im Ersten Weltkrieg ungenügend vorbereitet und bewaffnet ist». Zudem haben kürzlich 300 Offiziere brieflich Khomeiny aufgefordert, die Offensive abzublenden.

Für eine algerische Vermittlung tritt der Ayatollah Hussein Ali Montazari ein. Der designierte Khomeiny-Nachfolger meint, es genüge, wenn der Irak seine Aggression eingestehe, Reparation bezahle und seiner schiitischen Bevölkerungsmehrheit mehr Freiheiten gewähre. Dann könnte Iran auf den Sturz Saddams Hussein «verzichten».

Aber die Irakis lehnen diese Huld ab. Sie sehen eine Wende im Krieg zu ihren Gunsten.

Ein Sortiment für Irak

Die irakische Siegeszuversicht beruht auf den massiven sowjetischen Waffenlieferungen, aber nicht nur auf ihnen. Sie wird weiter genährt und gestärkt durch immer mehr westliche Finanzhilfe. Exportkredite geben Österreich (268 Millionen Dollar), Grossbritannien (385), Italien und Frankreich (je 500) sowie die Bundesrepublik Deutschland (520). Indien stundet dem Irak fällige Zahlungen in Höhe von 600



Die Erdölkäfen
der Golfstaaten:
vom Terminal
zum Terminus?

Millionen Dollar, und die Türkei stellt einheimischen Firmen 500 Millionen Dollar hauptsächlich für Stahl- und Getreideexporte zur Verfügung. Die USA haben einen – für die irakische Armee – wichtigen Lebensmittelkredit von 400 Millionen Dollar bewilligt.

Im Krieg fielen bisher auf beiden Seiten schätzungsweise 600 000 Soldaten, und 900 000 sind verwundet worden. Im Irak gilt der Aderlass einer ganzen Generation junger, arbeitsfähiger Männer. Sie fehlen in der Wirtschaft, wo man sie durch eine Million ägyptischer Fremdarbeiter ersetzt. Iran kann aus einem weit grösseren «Menschenreservoir» (40 Millionen) schöpfen als der Irak (14 Millionen) . . . Und das ist auch einer der Gründe, weshalb Iran für die benachbarte Sowjetunion weitaus wichtiger ist als der Irak.

Sowjets halten alle Eisen im Feuer

Wie seinerzeit im Ogaden-Krieg (1978), als die Sowjets ihren ersten und ältesten afrikanischen Verbündeten, Somalia, fallenliessen und kräftig Äthiopien unter die Arme griffen, spielt der Kreml seit Ausbruch des Golfkrieges ein Doppelspiel, wobei er zwei Ziele verfolgt: Die Zerrüttung des westlichen Gegenspielers und die Protektion über die einträglichen Golfstaaten.

Fortgesetzte Feindseligkeiten bedeuten fortgesetzte Spannung und Instabilität in einer – vorab für Westeuropa und Japan (Erdöl) – strategisch lebenswichtigen Region. Solange die Unsicherheit anhält, kann die Sowjetunion im trüben fischen, auf Gelegenheiten lauern, um (u. a. subversiven) Einfluss auszuüben. Kuwait bietet dafür ein Beispiel: Weil die USA zum Beispiel keine Stinger-Raketen liefern wollten (sie befürchten, diese «1-Mann-Rakete» könnte auch in die Hände von Terroristen geraten), wandte sich das Scheichtum an die Sowjetunion. Und jetzt kauft es von ihr Waffensysteme im Wert von 327 Millionen Dollar. Mit den Systemen kommen auch die Instruktionen. Damit hat sich ihnen eine neue Region aufgetan.

Mit einem Sieg der einen oder anderen Seite wäre der Sowjetunion nicht gedient. Und als die Iraner zu Jahresanfang auf irakisches Gebiet vorstiessen und sich für die «entscheidende Offensive» vorzubereiten begannen, verdoppelten und verdreifachten die Sowjets ihre Waffenlieferungen an den Irak. Nahezu ideal für den Kreml wäre es nach seinen Vorstellungen, wenn sich Irakis und Iraner erschöpften, wenn es weder Sieger noch Besiegte geben würde, und zwar dank der sowjetischen Hilfe . . . worauf sich dann Bagdad und Teheran berufen könnten:

Die Sowjets sind nach wie vor für manche Drittwelt- und andere Diktatoren attraktive Schutzherrn, weil sie den Willen zeigen, freundliche Regimes an der Macht zu halten, und zwar ungeachtet deren äusserer und innerer Bedrohung. Letzteres trifft sowohl auf Khomeiny als auch auf Saddam Hussein zu, und

vielleicht ist schon morgen der Ayatollah ein Sowjetfreund.

Wie man die Mullahs zur Räson bringt

Die Sowjetunion sei satanischer noch als die USA und Grossbritannien, hatte Khomeiny 1964 geschrieben. Er handelte später auch entsprechend. So verjagte er 1983 die Sowjetdiplomaten aus Teheran und liess Tudeh-(KP)-Mitglieder gleich massenweise verhaften und hinrichten. Seit Juni aber suchen die iranischen «Gottesmänner» wenn auch nicht den «Pakt» mit dem Teufel, so doch eine Annäherung an ihn. Mohammed Sadr, ein hoher Beamter des Aussenministeriums, weilte in Moskau bei Aussenminister Andrej Gromyko und erbat einen Stopp der sowjetischen Waffenlieferungen an den Irak. Der Kreml wäre dazu unter der Bedingung bereit gewesen, dass sich Teheran an Afghanistan-Verhandlungen mit Babrak Karmal beteiligt – und damit das von Moskau blutig eingesetzte Regime in Kabul anerkannt hätte. Auch die Freilassung aller Tudeh-Mitglieder war erwünscht. Mohammed Sadr lehnte ab. Aber er knallte keineswegs die Türe zu.

Seit der Unterredung mit Gromyko muss der inhaftierte Tudeh-Ideologe Ehssan Tabar im iranischen Fernsehen nicht mehr allabendlich den Kommunismus und die Sowjets verdam-

men . . . Wie von Gromyko versprochen, sind schwere Lastwagen für die iranische Armee schon unterwegs, derweil Nordkorea für Panzer und Kampfflugzeuge im Wert von einer guten Milliarde Dollar zuständig ist . . .

Und in Kabul hält der Kreml gleichzeitig gewissermassen eine iranische Führung in spe parat: Auf Wartestation, und zwar in wichtigen afghanischen Regierungsposten – mangels kompetenter und williger Einheimischer – harrten 40 in der Sowjetunion und in der DDR ausgebildete Tudeh-Angehörige ihrer «Stunde Null». So hält man sich Alternativlösungen offen.

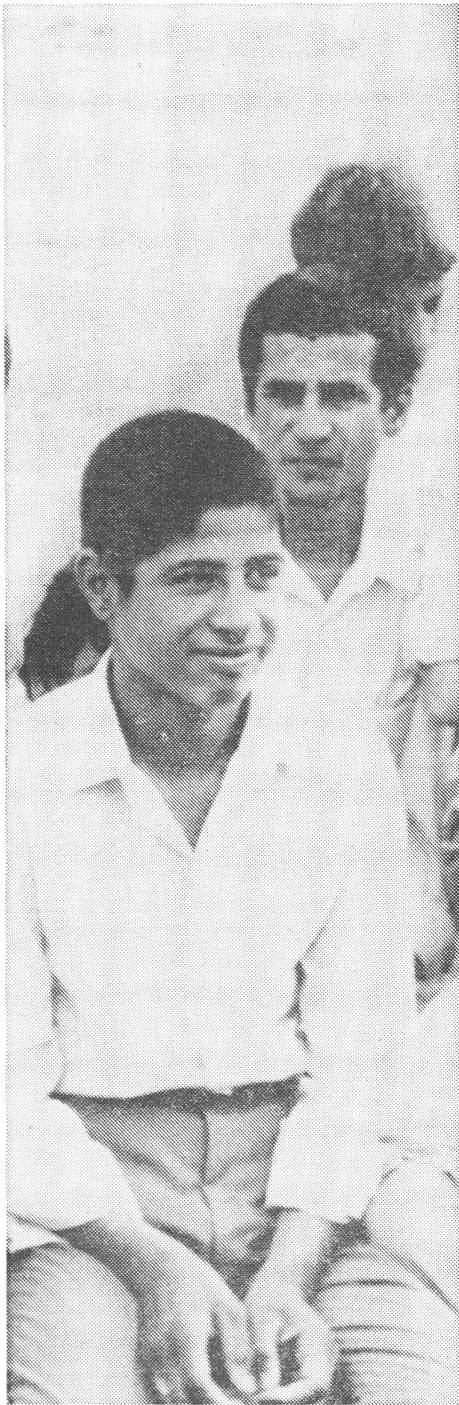
Der künftige Landweg des iranischen Erdöls

Erdöl schmiert auf beiden Seiten den Krieg. Die irakischen Angriffe gegen Tanker trafen den iranischen Export empfindlich. Er sank im Juni/Juli von 1,6 Millionen Barrel auf die Hälfte. Die Iraner bieten Abnehmern, die den Hauptverladehafen auf der Insel Kharg anzulaufen wagen, Rabatte bis zu 13 Prozent auf dem offiziellen OPEC-Preis pro Fass (159 Liter) von 29 Dollar an.

Sollte es den Irakis gelingen, die iranischen Exporte via Kharg lahmzulegen, dann verbliebe den Iranern nur noch der Ausweg über und durch die Sowjetunion. Das weiss man in Mos-



In einem Vorort von Bagdad nach einem iranischen Luftangriff. Auch die (besseren) irakischen Kampfflugzeuge greifen nicht nur Tanker an, sondern auch Häuser.



Iranische Kriegsgefangene.

kau. Früher war es Teheran gewesen, das seine Bedingungen für besseres Einvernehmen hatte stellen können. Jetzt darf Moskau zeigen, wer auf wen angewiesen ist.

Zweifel an der Schutztauglichkeit der Amerikaner

Seit sich die Amerikaner im vergangenen Februar aus Beirut zurückgezogen haben (und mit ihnen die Briten, Italiener und Franzosen), hat ihr Ansehen in der arabischen Welt zweifellos gelitten. Vor allem die sogenannten konservati-

ven, prowestlichen arabischen Staaten fragten sich, wie immer mehr zu hören und zu lesen ist, ob auch tatsächlich Verlass auf die USA sei, ob man von ihnen, wenn es darauf ankomme, nicht im Stich gelassen werde wie seinerzeit der Schah von Persien? Auch dieser Zweifel wird durch die Sowjets bewusst geschürt. Verunsicherte US-Schützlinge schielen nach einem neuen Schutzherrn, nach einem stärkeren.

Zu Moskau scheute man sich aber auch nicht zu loben, als die Saudis mit dem Abschuss zweier iranischer F-4-Kampfflugzeuge am 5. Juni den Willen bekundeten, ihren Luftraum (mit amerikanischer Mithilfe) zu verteidigen. Ein gestärktes Selbstvertrauen der saudischen Kampfpiloten kann sich langfristig ebenfalls für die Sowjets ausbezahlen, wenn daraus Gefahr für das traditionelle politische System in Saudiarabien wächst.

Es waren schliesslich auch so junge und selbstbewusste Offiziere gewesen, die seinerzeit die Feudalmonarchien in Ägypten, im Irak und in Libyen hinwegfegten ...

Nimmt also derzeit die Sowjetunion die bessere Position als die USA auf dem nah-/mittelöstlichen Schachbrett ein? Das sowjetische Fischen im trüben ist keine Alternative zur amerikanischen Politik in der Region. Dessen sind sich die arabischen Golfstaaten bewusst, aber in guter Basarmanier feilschen sie mit den Amerikanern um ihre Vorteile; von Amerika aus gesehen ist das auch ein Pokerspiel. Noch gilt in diesen Staaten der Kommunismus als unvereinbar mit dem Islam; ein abrupter politischer Kurswechsel und ein völliger Verzicht auf den Schutz der USA erscheint unwahrscheinlich.

Wahrscheinlich ist immerhin, dass Saudi-Arabien über kurz oder lang diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufnimmt, sei es auch nur, um (wie Kuwait und Ägypten) seine Unabhängigkeit von den USA zu demonstrieren und zu unterstreichen.

Für Moskau, das in der Langzeitperspektive denkt und handelt, wäre dies einstweilen ein Weiterkommen auf einem Weg, der noch viel weiter führt.

Jacques Baumgartner

Der Kommentar

Israel und seine gemässigten Extremisten

Die Wahlen in Israel vom 23. Juli zur elften Knesset brachten, zumindest arithmetisch, kein klares Ergebnis. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei von Simon Peres hatte insgeheim mit einem Sieg gerechnet. Aber sie schaffte es nicht, entgegen der meisten Umfragen der sogenannten Meinungsforscher. In Israel zählt vielleicht mehr als anderswo, dass sich die meisten Wähler erst auf dem Gang zur Urne festlegen ... und diese Stimme zählt letztlich.

Jetzt ist die Arbeiterpartei enttäuscht. Es mutet fast seltsam an: Der Likud-Block «liess zwar Haare», aber sein gelockter Chef, der amtierende Ministerpräsident Yitzhak Shamir, freut sich und lächelt. Spürt er vielleicht deutlicher den «Trend» heraus, den seine Landsleute sich mehrheitlich wünschen, den Weg, den Israel in den nächsten Jahren einschlagen wird und soll?

Wenn ja, dann wird es auch keine «Grosse Koalition» geben, keine Partnerschaft und keine nationale Regierung von Arbeiterpartei und Likud, mag sie auch noch in den nächsten Tagen und Wochen im Gerede sein, mag auch die Wirtschaftskrise ein Bündnis gebieten. Feilschen gehört zum Tagesbrot eines jeden israelischen Politikers. Die Koalitionsverhandlungen dürften sich noch Wochen hinziehen. Am Ende

bildet wahrscheinlich wieder Shamir die Regierung, und sei es auch nur, weil er sich mit Peres nicht einigen können, wer denn nun von ihnen beiden der Regierungschef werden soll.

Ausserdem verfügt Shamir über die grössere Erfahrung, wie mit den kleinen Parteien, den Splittergruppen, die Partner sein könnten, umzugehen ist. Und all die Kleinen, mit Ausnahme der Kommunisten, stehen nicht links, sondern – teilweise ziemlich extrem – rechts. Das ist der Trend in Israel, welcher durch die Parlamentswahlen auch bestätigt wurde.

Die orientalischen Juden (Sephardis) bilden heute die Bevölkerungsmehrheit (56 Prozent), aber noch nicht die Mehrheit der Wahlberechtigten (45 Prozent). Eine Frage der Zeit. Die Sephardis stehen hinter dem Likud. Bis 1979 hatte die Arbeiterpartei (in Koalitionen) regiert, und damals kamen sich unter ihr die Sephardis als «Unterprivilegierte» vor. Ihre Quittung war die Wegwahl der Aschkenasis (europäische Juden) gewesen. Die Juden orientalischer Herkunft glauben ihre arabischen Nachbarn besser zu kennen, das heisst, sie misstrauen ihnen und sehen im Likud eher die Garantie, dass dieser – ungeachtet des unglückseligen Libanon-Abenteuers – für die Sicherheit des jüdischen Staates einsteht.

Die Arbeiterpartei hingegen zeigt sich gesprächs- und kompromissbereiter mit den Arabern. Deswegen hatten auch die arabischen (gemässigten) Staaten grosse Hoffnungen in einen Wahlsieg von Simon Peres gesetzt. Im Wahlsultat sehen sie eine «Stärkung des israelischen Extremismus». Ein Körnchen Wahrheit mag in dieser Beurteilung liegen ... Aber bestimmt täten beide Seiten, Israeli und Araber, gut daran, ihre Extremismen rasch abzubauen, gleichgültig, wer in Jerusalem die nächste Regierung bildet.

jb